

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 13.01.2005

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, R. 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Jagau, Karsten	PDS
Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Mielke, Axel	
Schulz, Andreas	PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Petznick, Bärbel
Selke, Achim
Subke, Bärbel
Thoms, Brigitte

Gäste

Rehmer, Manfred

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 6. Sitzung vom 09.12.2004 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2005
5. Projekt Vergabe von Fördermitteln
6. Umsetzung des SGB II
7. Verweisungen aus dem Hauptausschuss (Beschlussvorlagen)
 - 7.1. Änderung Richtlinie Behindertenbeirat
Vorlage: 00302/2004
8. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Da keine Änderungen gewünscht werden, wird entsprechend der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 6. Sitzung vom 09.12.2004 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll der 6. Sitzung wird ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Block erläutert auf Bitten von Herrn Junghans das den Ausschussmitgliedern zuvor ausgehändigte aktuelle Organigramm des Amtes für Soziales und Wohnen. Die Umstrukturierung wurde notwendig, da ein Großteil der bisher vom Amt wahrgenommenen Aufgaben von der Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (ARGE) übernommen wird. Bis zum 1. Februar 2005 werden die derzeit noch in den Regionalbüros tätigen Mitarbeiter, die im Amt verbleiben, ihre Tätigkeit im Stadthaus aufnehmen. Zeitgleich werden die Außenstandorte geschlossen. Der Personalbestand des Amtes beläuft sich derzeit auf 40 Mitarbeiter.
Herr Junghans ergänzt, dass das Organigramm als vorläufig anzusehen ist, da es im Laufe des Jahres – je nach den dann vorliegenden Erfahrungen – zu weiteren Veränderungen kommen kann.
Auf Wunsch der Ausschussvorsitzenden wird das Organigramm mit personeller Unterlegung dem Protokoll beigelegt.
- Die Verwaltung übergibt den Mitgliedern des Ausschusses die bereits in mehreren Sitzungen geforderte "Übersicht von Begegnungseinrichtungen für ältere Bürger – Kommunikation, Bildung, Sport und Geselligkeit" sowie die "Adressenübersicht der sozialen Beratungsdienste in der Landeshauptstadt Schwerin – Stand Dezember 2004".
- In diesem Zusammenhang weist Herr Block nochmals darauf hin, dass mit Beschluss des Hauptausschusses vom 16. 11. 2004 die Fördermittel in Höhe des Ansatzes des Jahres 2004 in den Haushaltsplanentwurf eingestellt und zwischenzeitlich Fördermittelbescheide - entsprechend der vorläufigen Haushaltsführung anteilmäßig für das I. Quartal 2005 - verschickt wurden.

zu 4 Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2005

Frau Sembritzki verdeutlicht, dass die heutige Sitzung der Vorbereitung der Finanzausschusssitzung am 20. 1. 2005 dient. Aufgrund des engen Zusammenhanges mit dem TOP 5 – Projekt Vergabe von Fördermitteln – sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die Tagesordnungspunkte 4

und 5 gemeinsam zu behandeln.

Die Verwaltung legt nochmals dar, dass mit der Einstellung der Fördermittel in Höhe des Ansatzes des Jahres 2004 in den Haushaltsplanentwurf der 1. Punkt des Beschlusses des Hauptausschusses vom 16. 11. 2004 erfüllt wurde. Um auch dem 2. Punkt gerecht zu werden, wurde von der Verwaltung ein Projekt zur Vergabe der Fördermittel initiiert, das ein erstes Arbeitsergebnis hervorgebracht hat. In die Entscheidungsfindung eingeflossen sind Kriterien, wie z. B.

- Bedeutung für das Gemeinwohl
- Erbringung für das Stadtgebiet Schwerin
- Förderung durch Landesverbände
- Komplementärmittel
- Entlastung der öffentlichen Hand
- Effizienz der Angebote
- Qualitätsstandards
- Einmaligkeit von Angeboten
- Leistungserbringung durch Dritte
- Zumutbarkeit der Kürzung.

Die Mitglieder der AG Beratungsdienste und der AG Offene Altenarbeit haben diesem verwaltungsinternen Entwurf am 12. 1. 2005 allerdings vehement widersprochen, so dass eine erneute Beratung am 7. 2. 2005 erforderlich wird und zur heutigen Sitzung kein abgestimmtes Ergebnis vorgelegt werden kann. Auf die geäußerten Bedenken hinsichtlich der bestehenden Terminkette der Haushaltsberatungen entgegnet Herr Block, dass der Beschluss des Hauptausschusses keine zeitlichen Vorgaben enthält und somit das Ergebnis nicht zwingend zur Finanzausschusssitzung vorliegen muss.

Auf Nachfrage mehrerer Ausschussmitglieder nach dem verwaltungsinternen Entwurf macht Herr Junghans deutlich, dass dieser erst herausgegeben wird, wenn das Arbeitsergebnis die Qualität eines Verwaltungsvorschlages hat. Erst dann wird auch die abgesagte Beratung mit den Ortsbeiräten nachgeholt.

Dem Vorsitzenden des Behindertenbeirates, Herrn Rehmer, wird auf Antrag Rederecht eingeräumt. Noch unter dem Eindruck der Besprechung mit der AG Beratungsdienste stehend, fragt er an, wie die Mitwirkung in der sozialen Arbeit künftig gesichert werden kann und fordert Transparenz innerhalb der sozialen Strukturen.

Frau Sembritzki bittet die Ausschussmitglieder um ein erneutes Votum, dass den an der Projektgruppe Beteiligten die Sicherheit gibt, dort weiterhin tätig sein zu dürfen.

Abstimmungsergebnis.	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit wird auch die Diskussion über eine veränderte Besetzung der Projektgruppe beendet.

Bestehende Fragen zum Einzelplan 4 des Haushaltsplanentwurfes bittet die Verwaltung direkt an das Amt für Soziales und Wohnen zu richten.

zu 5 Projekt Vergabe von Fördermitteln

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Wunsch der Ausschussmitglieder gemeinsam mit TOP 4 beraten.

zu 6 Umsetzung des SGB II

Herr Junghans gibt einen ersten Sachstandsbericht nach Inkrafttreten des SGB II am 1. 1. 2005, bedauert aber gleichzeitig, dass noch kein gesichertes Datenmaterial vorhanden ist. So können z. B. über die genaue Zahl der ALG II-Empfänger und die abgelehnten Anträge noch keine Aussagen getroffen werden. Bestätigt wird, dass alle Antragsteller zwischenzeitlich Bescheide erhalten haben und die Zahlungen getätigt wurden.

Positiv gewertet wird die Tatsache, dass bisher die Zahl der Widersprüche mit 2,8 % deutlich unter den Erwartungen liegt.

In der nächsten Trägerversammlung wird u. a. die Bildung des Beirates auf der Tagesordnung stehen. Über die genaue Zusammensetzung der vier zu beteiligenden Gruppen (Stadtvertretung, Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie Träger der freien Wohlfahrtsverbände) wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung berichten.

Die Differenz zwischen antragsberechtigten Personen und Antragstellern beträgt nach Aussage von Herrn Block 250. Diese Fälle werden jetzt durch die Verwaltung gezielt überprüft.

Die Prognose, dass lediglich 10 % der bisher vom Amt betreuten Sozialhilfeempfänger Leistungen nach SGB XII erhalten, kann bis jetzt aufrecht erhalten werden.

Über die von einem Ausschussmitglied angesprochene Verfassungswidrigkeit von Hartz IV wird sich, so Herr Junghans, noch keine Gedanken gemacht. Lediglich bei der Mittelverteilung des Landes im Zusammenhang mit dem SGB II erwägt die Behördenleitung Widerspruch einzulegen.

Frau Brill vermisst in der ARGE die Abteilung für Rehabilitation Schwerbehinderter, die es in der Agentur für Arbeit bisher gegeben hat, und fragt nach, ob die Einrichtung einer solchen Abteilung noch geplant ist. Herr Junghans sichert zu, die nächste Trägerversammlung zur Nachfrage zu nutzen.

Bei der Bemessungsgrundlage für die Angemessenheit der Unterkunftskosten wird nach Information von Herrn Block weiter die bisher sozialhilferechtlich anerkannte Wohnraumgröße zugrunde gelegt, wonach für einen Ein-Personen-Haushalt eine Wohnraumgröße von 45 qm und einem Quadratmeterpreis von 4,25 € als angemessen gilt. Für jede weitere Person erhöht sich die Wohnfläche um bis zu 15 qm.

zu 7 Verweisungen aus dem Hauptausschuss (Beschlussvorlagen)

zu 7.1 Änderung Richtlinie Behindertenbeirat

Vorlage: 00302/2004

Herr Selke, Abteilungsleiter im Amt für Soziales und Wohnen, führt in die Vorlage ein.

Der Behindertenbeirat selbst hat geringfügige Änderungen in seiner Richtlinie vorgeschlagen. So soll es zukünftig möglich sein, mit der Mehrheit der Mitglieder die Aufnahme von bis zu fünf weiteren Personen, Vereinen oder Institutionen zu beschließen. Des Weiteren soll die fachliche Begleitung und Unterstützung der Arbeit des Behindertenbeirates durch das Fachamt der Landeshauptstadt Schwerin festgeschrieben werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage DS-Nr. 00302/2004 einstimmig zu.

Es wird jedoch gebeten, im § 7 der Richtlinie das Wort "seine" durch "ihre" zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 8 Sonstiges

Herr Woywode weist darauf hin, dass in den zu Beginn der Sitzung verteilten Übersichten (siehe TOP 3) die kirchlichen Angebote fehlen. Die Verwaltung sichert die Ergänzung zu und wird beide Übersichten dem Protokoll beifügen.

gez. Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführerin